Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 9 | Dresden, Dienstag den 12. Januar 1926 | 37. Jahrg.

Hilflosigkeit der Mittelparteien

Das politische Rätselraten steht wieder in voller Blüte. Kommt sie — kommt sie nicht? Die Große Koalition nämlich. Die Mittelparteien starren auf die Sozialdemokratie und reden ihr zu wie der Pferdehändler dem Bauern, der sich auf einen faulen Handel nicht einlassen will. Empfinden die bürgerlichen Parteien denn nicht, welches Armutszeugnis sie sich ausstellen, wenn sie erklären müssen, daß sie ohne die Sozialdemokratie nicht regieren können? Sinnlose Zölle und den Steuerraub brachten Zentrum, Volksparteiler und Deutschnationale zustande — aber weiter kommen sie nicht. Vor der Not des Volkes stehen sie hilflos und entschlußlos. Unsre Berliner Parteikorrespondenz schreibt zur Situation:

„Die Zentralinstanzen des Zentrums haben sich am Sonntag zwar fast zehn Stunden lang mit dem Regierungsproblem befaßt, aber man kann nicht sagen, daß die öffentliche Begründung ihrer Forderung nach der „Großen Koalition“ dem erstrebten Ziel Dienste zu leisten vermag. Es ist auch dem Zentrum nicht unbekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion ihre Beteiligung an der vorläufig noch zur Debatte stehenden Regierungskoalition von gewissen Voraussetzungen abhängig machte, die schon im Dezember formuliert wurden. Das Zentrum hätte infolgedessen besser getan, in seiner öffentlichen Kundgebung auf Allgemeinheiten zu verzichten und sich positiv mit der Frage zu beschäftigen, wie die wirtschaftliche Not weitester Volksschichten gelindert werden kann. Mit leeren Feststellungen, daß im ganzen Lande die Not steigt, ist keinem Menschen etwas gedient.

Was nützt dem Lande eine Regierung, die in die Brüche geht, sobald sie sich über die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen entscheiden soll? Die im Dezember gepflogenen Verhandlungen haben ergeben, daß gerade über diese Fragen in den wesentlichen Punkten eine Einigung unter den Parteien der Großen Koalition nicht möglich war. Wie soll da eine Einigung innerhalb der Regierung zustande kommen? Man sagt u. E. nicht ernsthaft den Ruf nach Linderung der wirtschaftlichen Not unsres Volkes erheben und gleichzeitig den Fürsten mit ihren Mätressen Millionen von Goldmark zur Verfügung stellen. Die Germania hat wiederholt ähnliche Auffassungen vertreten, ohne daß aber die Mehrheit der Zentrumsfraktion sich bis heute entschlossen gezeigt hätte, dem demokratischen Antrag auf landesgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung — wie es die Sozialdemokratie gefordert hat — schnell und restlos ihre Zustimmung zu geben. Die Volkspartei weigerte sich im Dezember überhaupt, dem Antrag auch nur die geringste Unterstützung zu leisten.

Die Zentralinstanzen des Zentrums haben es am Sonntag ebenfalls vermieden, zu der Fürstenabfindung und den anderen im Dezember ungeklärten Fragen Stellung zu nehmen. So tritt die sozialdemokratische Fraktion am Dienstag zusammen, ohne Verhältnisse vorzufinden, die im Augenblick zu einer Aenderung des im vergangenen Monat gefaßten Beschlusses raten könnten. Als der Reichstag sich im Dezember vertagte, nahm der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hermann Müller, Gelegenheit, in einem Artikel festzustellen, daß „Differenzen nur in bezug auf fünf Punkte“ noch bestehen. Aber weder die Demokraten noch das Zentrum haben Veranlassung genommen, diese Differenzen über die Fürstenabfindung, die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Steuerfrage zu beheben. Sie haben sich noch weniger bemüht, die Volkspartei vor die klare Frage zu stellen, ob sie überhaupt zur Großen Koalition bereit ist.“

Die Tägliche Rundschau, das Blatt Stresemanns, schreibt: „Auf die Forderungen, die sie (die Sozialdemokratie. D. R.) vor Weihnachten aufstellte, und die Herr Koch als unannehmbar bezeichnete, wird die Sozialdemokratie diesmal natürlich nicht wieder zurückkommen dürfen, wenn sie nicht wieder alles zerschlagen will.“ Wir müssen unsre Verwunderung darüber ausdrücken, daß angesichts dieses Verhaltens der bürgerlichen Parteien bei einem Teil Parteigenossen noch immer Neigung für die Große Koalition vorhanden ist. Jetzt tritt auch Otto Braun, der preußische Ministerpräsident, dafür ein. In einem Artikel, den der SPD. verbreitet, schreibt Genosse Braun:

Gewiß, auch wir würden durch die Teilnahme an einer Regierung der Großen Koalition nicht alle berechtigten Wünsche der arbeitenden Volkskreise erfüllen können, das kann heute niemand. Aber wir würden — und das sage ich auf Grund meiner fast siebenjährigen Erfahrung als Minister — vieles tun können, um die Auswirkungen der herrschenden furchtbaren Wirtschaftskrise erheblich zu mildern. Wir würden vor allem auch durch unsre aktive Teilnahme an der Reichsregierung die loyale Durchführung des Locarno-Abkommens sichern helfen, von dem wir allein eine endliche Befriedung und wirtschaftliche Gesundung Europas erwarten können. Endlich würden wir durch unsre Beteiligung an der Regierung die weitere republikanische Entwicklung unseres öffentlichen Lebens fördern und um die Durchdringung der Republik mit sozialem Geist bemühen können. Von „Bedingungen“ und „Programmen“ halte ich nach meinen Erfahrungen nichts. Verstehen die Männer, die wir ins Kabinett entsenden, sich durchzusetzen, dann können sie aller schönen Bedingungen und Programme entraten. Gelingt ihnen das nicht, dann nützen ihnen auch alle Bedingungen und Programme nichts.

Es kommt jetzt darauf an, daß die vier Parteien, die die Große Koalition bilden müssen, von dem ernsten Willen beseelt sind, unter zeitweiser Zurückstellung eigener Grundsätze und Forderungen ohne nach links oder rechts zu sehen, das zu tun, was die schwierige wirtschaftliche und politische Lage unseres Volkes erheischt. Ich weiß wohl, daß man dabei über die richtigen Wege zur Rettung oft sehr abweichende Meinung sein kann und sein wird. Aber wenn der ernste Wille, dem Volksganzen zu dienen, in allen Teilen der Koalition groß genug ist, dann wird man im Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Lebensfragen stets den Weg zum einigen, den Staatsnotwendigkeiten gerecht zu werdenden Handeln finden. Diese Politik der Großen Koalition auch im Reiche mehrere Jahre konsequent durchgeführt, würde so sichtbare Erfolge nach innen und außen zeitigen, daß daran alle Verleumdung und Demagogie von rechts wie von links wirkungslos zerschellen müßte.

Genosse Braun sieht hier an den Hauptschwierigkeiten doch etwas zu sehr vorüber. Er hält von Bedingungen und Programmen nicht viel. Gut, man könnte sagen, es kommt nicht aufs Programm, sondern es kommt auf die Männer, die Erfolge und die geleistete Arbeit an. Genosse Braun fordert, daß die vier Parteien der Großen Koalition das tun, was die schwierige Lage des Volkes erheischt. Wie aber soll die Sozialdemokratie wissen, ob die bürgerlichen Parteien dazu bereit sind? Da kommt sie eben nicht drum herum, bestimmte Fragen in Form bestimmter Forderungen zu stellen. Denn der, der lange genug in der Politik zu Hause ist, macht der heute noch Programme eines theoretischen Vergnügens wegen? Aber es ist vorläufig noch keine Methode erfunden worden, um die Reformwilligkeit und die politischen Absichten andrer eventueller Koalitionskontrahenten anders zu erforschen als durch Aufstellung eines Arbeitsplanes. Auch Macdonald in England bereitete so seine von den Liberalen unterstützte Regierung vor. Die Liberalen stellten dafür ihre Bedingungen. Und in Frankreich, wo sich die Kabinettskrise ebenfalls zur Dauerkrise entwickelt hat und die demokratischen Parteien an die Sozialdemokratie appellieren, hat unsre Bruderpartei bestimmte innerpolitische und außenpolitische Forderungen aufgestellt. Da sie von den andern Parteien nicht akzeptiert wurden, lehnte die französische Sozialdemokratie eine Beteiligung ab.

Wir müssen also dem Genossen Otto Braun, dessen Tätigkeit in der preußischen Regierung wir durchaus zu schätzen wissen, schon sagen, daß bloße Redensarten von gutem Willen usw. für eine gesetzmachende Koalitionsregierung im Reiche keine Grundlage sein können. Er hätte schon gut getan, sich mit den Argumenten Sollmanns, der doch allerhand 1923er Erfahrungen hinter sich hat, auseinanderzusetzen. Sollmann sagt ganz richtig: Wenn wir eine Weile in der Regierung sind und die bürgerlichen Parteien sich zu keiner Reform bereitgefunden haben, können und werden sie uns den Tritt geben, denn dann sind wir für die kommenden Wahlen hinreichend kompromittiert und der Parlamentarismus dazu. Es ist notwendig, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Nein bleibt und die bürgerlichen Mittelparteien ein bißchen zur politischen Selbsterziehung zwingt!

Der Formulierungsfimmel

In der Löbauer Volkszeitung wendet sich Genosse Reichstagsabgeordneter Krätzig gegen den Eintritt in eine Reichsregierung der Großen Koalition. Er führt dabei u. a. aus:

Bei der heutigen innerpolitischen Lage hat keine Partei große Neigung, eine solche Erbschaft anzutreten, auch die Deutsche Volkspartei nicht. Am liebsten würde sie sich, wie im Sommer 1921, jetzt ebenfalls in die Büsche schlagen. Aber sie kann es nicht, da ihr Führer Reichsaußenminister ist, der eine Politik geleitet hat, die die Deutschnationalen zur Flucht aus der Regierung getrieben hat. Da kann ihnen die Volkspartei jetzt unmöglich nachlaufen. Es ist aber offenes Geheimnis, daß sie auch so gut wie gar keine Neigung hat, eine Regierung der Großen Koalition bilden zu helfen. Die Deutsche Volkspartei hat sich, wie unsre Unterhändler immer wieder berichtet haben, bei den Verhandlungen meist völlig teilnahmslos verhalten, im Gegensatz zum Herbst 1923, wo sie recht aktiv mittätig war, um die Regierung der Großen Koalition zustande zu bringen.

Schon diese nackte Tatsache zeigt, daß bei der Deutschen Volkspartei keinerlei Vertrauen zu einer solchen Regierung vorhanden ist. Denn wenn der Wille fehlt, so fehlt eben das Vertrauen. Und es ist doch eine geradezu sträfliche Kurzsichtigkeit, das übersehen zu wollen, wie das von den Parteimitgliedern geschieht, die von neuem den Schritt der Demokraten und des Zentrums unterstützen, die Regierungsbildung im Rahmen der Großen Koalition zu versuchen.

Die Deutsche Volkspartei ist noch nicht reif zu einer Regierung der Großen Koalition. Wenn sie 1923 dafür eintrat, so nur, weil damals Stresemann in den Regierungssattel geholfen werden sollte. Kaum war er drin, schritt der großkapitalistische Flügel der Deutschen Volkspartei dazu, diese Koalition zu sprengen. Und nachdem sie noch einmal geflickt worden war, kam sofort der zweite Stoß, der verfassungswidrige Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, um die Koalition von neuem zu sprengen.

Wir Sozialdemokraten haben in der Republik öfter, als es im Interesse der Republik gut ist, unser Parteiinteresse hinter das Staatsinteresse gestellt. Das haben wir auch 1923, und da ganz besonders bei der Bildung der Großen Koalition, getan. Aber gerade dabei haben wir gesehen, daß es darauf angelegt wurde, unsre Partei zu zerstören. Und deshalb ist es der an sich guten Sache, eine stabile Regierung zu schaffen, nur abträglich, jetzt, wo kein Vertrauen zur Großen Koalition vorhanden ist, durch allerhand gewundene Formulierungen zu einem Regierungsprogramm ein solches Vertrauen vortäuschen zu wollen.

Manche Leute, auch in der Sozialdemokratie, sind geradezu von einem Formulierungsfimmel befallen. Sie scheinen zu glauben oder uns glauben machen zu wollen, daß eine Streitfrage so gut wie gelöst ist, wenn sie für sie eine Formulierung gefunden haben, der alle zustimmen. Das Gegenteil aber ist richtig. Eine Formulierung, der alle verschiedenen Interessenten zustimmen, besagt gewöhnlich gar nichts und ist in der Regel von der Lösung der Streitfrage am weitesten entfernt.

Auf unsre Macht und unser politisches Ansehen kommt es an. Weiß die Volkspartei, daß wir nicht mit uns spielen lassen, daß es vielmehr zum Schaden ihrer Anhänger ausfällt, wenn sie hinterhältige Politik gegen uns macht, dann wird die Bahn frei für eine stabile Regierung.

Sozialistische Politik in Frankreich

Keine Einmütigkeit — Die Parteitagsmehrheit gegen Beteiligung an bürgerlicher Regierung — Jedoch für Regierungsübernahme unter sozialistischer Führung — Sonst parlamentarische Unterstützung bürgerlicher Linkskabinette

P. **Paris**, 11. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Auseinandersetzung auf dem **außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialisten** hat am Montag morgen mit einem scharfen Kampfe zwischen Leon Blum und Renaudel ihren Höhepunkt gefunden. Die Sitzung, die am Montag unter dem Vorsitz von Compère-Morel stattfand, wurde eingeleitet durch Bracke, der in heftigster Weise nicht nur gegen jede Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium, sondern auch gegen die bisherige Politik der Fraktion, die sich wiederholt über die Beschlüsse der Parteitage hinweggesetzt habe, polemisiert.

Leon Blum, der, von starkem Beifall begrüßt, die Tribüne betrieg, führte einleitend aus, man müsse unterscheiden zwischen der Eroberung der Macht, die das Vorspiel einer revolutionären Aktion sei, und der Ausübung der Regierung, die lediglich eine Konsequenz der parlamentarischen Aktion sei. In den letzten beiden Fällen sei es für die Sozialisten unmöglich, ihre politische Meinung mit Gewalt durchzusetzen, wie das Compère-Morel erklärt habe. Gerade deshalb aber sei die Ausübung der Regierung im Rahmen der gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Zustände für den Sozialismus

ein sehr gefährliches Experiment.

Die Gefahr werde noch größer, wenn es sich nicht um die Uebernahme der Regierung durch die Sozialisten allein, sondern um die Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium handle. Was den Abschluß eines „Ehekontraktes“ zwischen Renaudel und Herriot besonders schwierig mache, sei der Umstand, daß es sich nicht nur darum handle, sich über **ein gemeinsames Finanzprogramm zu einigen, sondern daß daneben auch das marokkanische und das syrische Problem, die Frage der Wahlreform, der Reduktion der militärischen Dienstzeit, der Einheitsschule usw. zu lösen seien,** in denen die Auffassungen der Sozialisten und der demokratischen Parteien sehr beträchtlich auseinandergingen. Der von den Anhängern der Regierungsbeteiligung aufgesetzten These, daß ein negatives Votum der Sozialistischen Partei den Uebergang der Regierung an ein reaktionäres Ministerium zur Folge habe, bestreitet Leon Blum die Richtigkeit. Als dritte Möglichkeit gäbe es **die Wiederaufnahme der Politik der parlamentarischen Unterstützung,** die eine ganze Reihe positiver Resultate gebracht habe. Die Aufgabe des französischen Sozialismus sei außerordentlich schwierig. **Deshalb rate er der Partei, geradeaus zu marschieren, ohne sich von rechts oder links von ihrem Ziel ablenken zu lassen.** Leon Blum, dem die Mehrheit eine minutenlange Ovation bereitete, wurde auf der Rednertribüne von Renaudel abgelöst.

Genosse Renaudel erklärte, daß er und seine Freunde, d. h. die Anhänger der Beteiligung, für den Fall, daß eine Resolution eingebracht werden sollte, die einen Mittelweg zwischen den auseinandergehenden Auffassungen und damit ein einstimmiges Votum ermögliche, bereit seien, sich eine derartige Resolution zu eigen zu machen. Nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit verkörpere in Wirklichkeit den Geist des Klassenkampfes, denn sie sei es, die die Aktion wünsche und vorbereite. Renaudel gibt dann eine Darstellung der augenblicklichen Situation. Das Ministerium Briand müsse trotz Locarno wegen seiner Finanzpolitik von den Sozialisten aufs schärfste bekämpft werden. Der Kampf werde bereits am Montag nachmittag in der Finanzkommission beginnen. Aber die Sozialistische Partei würde leeres Stroh dreschen, wenn sie sich lediglich auf die Ausarbeitung von Programmen beschränken wolle, die in kurzem von dem Staube der Archive begraben würden. Ihre Pflicht sei es, alles zu tun, um **diese Programme auf dem Wege der Aktion zur Annahme und zur Anwendung zu bringen. Die Politik der Unterstützung genüge nicht mehr für eine Aktion dieser Art, denn nur die Beteiligung gestatte die Bildung einer neuen kleinen, aber sicheren Mehrheit.** Deshalb könne es sich nicht darum handeln, die Beteiligung an einem nicht rein sozialistischen Ministerium anzunehmen, sondern die Partei müsse sie im Gegenteil verlangen. Renaudel erinnerte daran, daß im Juli eine Mehrheit, bestehend aus 248 Sozialisten, Radikalsozialen und republikanischen Sozialisten, für die Kapitalabgabe gestimmt habe. Das und die neuerdings erfolgte Einigung auf ein gemeinsames Programm gebe wirklich keine Berechtigung, an der inneren Festigkeit der bürgerlichen Kartellparteien zu zweifeln. Die Gefahren für den Sozialismus seien im Falle der gemeinsamen Uebernahme der Regierung weit geringer als bei Wiederaufnahme der Unterstützungspolitik. Renaudel schließt mit einem Appell an den Parteitag, nach Möglichkeit zu vermittelnden und der Einstimmigkeit sicheren Beschlüssen zu gelangen, und mit dem Hinweis auf die außer-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260112/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG